



Fraktionsantrag	Vorlage-Nr: VO/2020/430	
- öffentlich -	Datum: 15.06.2020	
Fachdienst Gremien und Recht	Ansprechpartner/in: Fiedler, Nina	
	Bearbeiter/in: Mens, Beate	
Resolution Imland Klinik gGmbH		
vorgesehene Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
29.06.2020	Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde	Entscheidung

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:
entfällt

2. Sachverhalt:
Der Sachverhalt ist der Anlage zu entnehmen.

Anlage/n:
Resolution Klinik Eckernförde



CDU-Kreistagsfraktion
Paradeplatz 10
24768 Rendsburg
Tel.: 04331/14160
Fax: 04331/141620
info@cdu-rd-eck.de



SPD-Kreistagsfraktion
Kreishaus
24768 Rendsburg
Tel.: 04331 202 360
Fax: 04331/202 530
spd-fraktion@gmx.de



BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Kreishaus
24768 Rendsburg
Tel. 04331/202-362
Fax 04331/202-566
geschaeftsstelle@gruene-
fraktion-rd-eck.de



FDP-Kreistagsfraktion
Kreishaus
24768 Rendsburg
Tel.: 04331/202-359
Fax: 04331/202-563
info@fdp-fraktion-rd-eck.de



SSW-Kreistagsfraktion
Kreishaus
24768 Rendsburg
Tel. 0176 800 95 803
MSchunck.SSW@web.de



WGK-Kreistagsfraktion
Kreishaus
24768 Rendsburg
Tel.: 0163-9256360
kirchhof@wgk-net.de

Frau Kreispräsidentin
Dr. Juliane Rumpf
Kreishaus
24768 Rendsburg

Sitzung des Kreistags am 29. Juni 2020

TOP: Resolution imland Klinik

15. Juni 2020

Sehr geehrte Frau Dr. Rumpf,

die Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNEN, FDP, SSW und WGK beantragen, dass der Kreistag folgenden Beschluss fassen möge:

- 1. Der Kreistag fordert die Landesregierung dazu auf, den Klinikstandort Eckernförde zu stärken und die notwendigen Investitionsmittel für die nachhaltige Sicherung des Standorts bereitzustellen. Der Kreistag erkennt an, dass das Land bereit ist Mittel zur Verfügung zu stellen, stellt jedoch klar, dass die avisierten 10 Millionen Euro Förderung für eine langfristige Sicherung des Standortes nur ein erster Schritt sein können. Hierfür sind mindestens 15,8 Millionen Euro notwendig.**
- 2. Der Kreistag fordert die Bundesregierung dazu auf, die Finanzierung von Krankenhausleistungen – insbesondere in den Bereichen Geburtshilfe, Pädiatrie und Zentrale Notaufnahme – auskömmlich zu gestalten und die Fallpauschalen im DRG-System entsprechend anzupassen bzw. eine Grundfinanzierung für diese Bereiche sicherzustellen.
Krankenhausleistungen, die auf Grundlage des Versorgungsauftrages von der imland gGmbH an den Standorten Rendsburg und Eckernförde angeboten werden, müssen sich wirtschaftlich tragen und dürfen nicht zum finanziellen Nachteil der Klinik sein.**

Begründung:

Der Klinikstandort Eckernförde spielt eine wichtige Rolle für die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung in und um Eckernförde und für die vielen Touristen, die an der Eckernförder Bucht oder auf der Halbinsel Schwansen Urlaub machen. Es gilt daher unbedingt, diesen Standort mit seinen Stationen langfristig zu erhalten und zu stärken. Der Kreis Rendsburg-Eckernförde hat in den vergangenen Jahren über 18 Millionen Euro in seine Kliniken investiert (z.B. in die Digitalisierung) und sieht diese mit der von der Geschäftsführung erarbeiteten Strategie „imland23“ und dem dazugehörigen Standortkonzept auf einem guten Weg, sich zukunftssicher aufzustellen und an den beiden Standorten Rendsburg und Eckernförde qualitativ hochwertige Gesundheitsdienstleistungen anzubieten.

Die vom Land jetzt in Aussicht gestellte Förderung in Höhe von 10 Millionen Euro ist für eine dauerhafte Sicherung des Klinikstandorts Eckernförde nicht ausreichend. Die Gebäude der imland Klinik Eckernförde gehören zu den ältesten im Land und haben dringenden Investitionsbedarf. Leider hat Eckernförde im Gegensatz zu anderen Klinikstandorten seit 2011 keinerlei investive Fördermittel erhalten. Die akut benötigten Mittel belaufen sich auf mindestens 15,8 Millionen Euro. Der Kreistag bittet daher die Landesregierung, die notwendigen Mittel in weiteren Schritten zur Verfügung zu stellen und somit die Klinik in die Lage zu versetzen, ihrem Versorgungsauftrag in allen Bereichen langfristig nachkommen zu können.

Ein Teil des Versorgungsauftrags der imland gGmbH ist es, unter anderem eine Geburtshilfestation und eine Zentrale Notaufnahme in Eckernförde vorzuhalten. Die Geburtshilfe und die Zentrale Notaufnahme in Eckernförde geraten immer wieder in den Fokus von Schließungsdiskussionen. Hintergrund hierfür ist ihre fehlende Wirtschaftlichkeit, die sich insbesondere dadurch begründet, dass die Fallpauschalen im DRG-System nicht auskömmlich gestaltet sind. Diese Tatsache gilt nicht nur für den Standort Eckernförde, sondern auch für den Standort Rendsburg und betrifft dort neben der Geburtshilfe und der Notaufnahme insbesondere auch die Pädiatrie. Der Kreistag fordert die Bundesregierung dazu auf, die Fallpauschalen anzupassen, bzw. eine Grundfinanzierung sicherzustellen, so dass die Stationen wirtschaftlich betrieben werden können und die Klinik ihrem Versorgungsauftrag in diesen Bereichen nachkommen kann.

Mit freundlichen Grüßen

Tim Albrecht
CDU Fraktion

Dr. Kai Dolgner
SPD-Fraktion

Armin Rösener/Kirsten Zülsdorff
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Tina Schuster
FDP Fraktion

Dr. Michael Schunck
SSW Fraktion

Dr. Susanne Kirchhof
WGK-Fraktion